

Protokoll über die Sitzung Nr. 7/2020 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 13. Juli 2020 um 14:00 Uhr in der Stadthalle

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Carsten Feist

Mitglieder Gruppe CDU/WBV

Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Mitglieder SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Beigeordneter Howard Jacques
Bürgermeister Uwe Reese

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial

Beigeordnete Antje Johanna Kloster
Ausschussmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglieder Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Beigeordneter Thorsten Moritze

Es fehlten entschuldigt

Beigeordneter Jörg Mückenwarf
Ausschussmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Dezernenten

Stadtkämmerer Thomas Bruns
Erster Stadtrat Armin Schönfelder

von der Verwaltung

Niksa Marusic - Leitung Referat 2 - Referat für Umwelt, Bau und Feuerwehr
Jens Müll - Leitung Referat 4 - Referat für Personal und Organisation/ IT
Marion Winkel-Fiedelak - Leitung Referat 5 - Referat für Recht,
Kommunalverfassungsangelegenheiten, Kultur, Bildung und Sport
Cordula Franke - Gleichstellungsbeauftragte
Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination
Insa Rogel - Fachbereich Kommunikation & Koordination
Jörg Walkenhorst - Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt
Torben Müller - Fachbereichsleitung Finanzen
Jan Hülsemann - Fachbereich Finanzen
Frank Amerkamp - Fachbereichsleitung Stadtplanung und Stadterneuerung

Protokollführerin

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|------|--|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 22.06.2020 | |
| 4 | <u>Vorlagen an den Rat</u> | |
| 4.1 | Nachbewilligung zum Haushalt 2020 | 179/2020 |
| 4.2 | Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH | 173/2020 |
| 4.3 | Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs GGS | 156/2020 |
| 4.4 | Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes TBW | 157/2020 |
| 4.5 | Projekt Stadtpark - Städtebauförderung Lebendige Zentren, Beschluss Räumliche Abgrenzung Durchführungsmaßnahme | 160/2020 |
| 4.6 | Mittelbereitstellung für die Naturschutzstiftung FRI – WTM – WHV, hier: Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität (biologische Vielfalt) | 152/2020 |
| 4.7 | Unbefristete Einstellung eines Projekt-/Tourismusmanagers (m/w/d) | 181/2020 |
| 4.8 | Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2021/2021 und Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes | 153/2020 |
| 4.9 | Antrag Gruppe GUS: Jadeallee/Südstrand | 520/2020 |
| 4.10 | Antrag Gruppe GUS: Einrichtung einer Babyklappe | 521/2020 |
| 4.11 | Antrag Gruppe CDU/WBV: Aussetzung Park- und Sondernutzungsgebühren | 524/2020 |
| 4.12 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat | 164/2020 |
| 5 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss</u> | |
| | -Keine- | |
| 6 | <u>Mitteilungen und Anfragen</u> | |
| 6.1 | Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung | |

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, **Herr Becker**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde unverändert festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 22.06.2020

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 22.06.2020 wurde einstimmig genehmigt.

- 4 Vorlagen an den Rat

- | | | |
|-----|--|----------|
| 4.1 | <u>Nachbewilligung zum Haushalt 2020</u> | 179/2020 |
|-----|--|----------|

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Müller erläuterte kurz den Sachverhalt und den Deckungsvorschlag. Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Herr Müller**, dass mit der Nachbewilligung die fehlenden Mittel im Kernhaushalt zur Verfügung gestellt werden. Die fehlenden Mittel im Baubereich seien laut dem Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude durch interne Verschiebungen der Maßnahmen verfügbar. Mit der Nachbewilligung sei die geplante Maßnahme vollumfänglich umsetzbar.

Herr Walpurgis und **Herr Hellwig** sprachen sich für die Beschlussvorlage aus.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gem. § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG die Nachbewilligung in Höhe von 770.200 € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2020.

4.2 Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH **173/2020**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Oberbürgermeister Feist erläuterte, dass die Beschlussvorlage drei wesentliche Aspekte beinhaltet. Diese Aspekte seien die Gründung, der finanzielle Rahmen und die Geschäftsführung der Gesellschaft. Er bedankte sich bei Herrn Schönfelder, der zusammen mit dem Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Jade e.V. den Gesellschaftsvertrag ausgehandelt habe. **Herr Oberbürgermeister Feist** berichtete, dass die Wirtschaft mittlerweile den benötigten Verein gegründet habe. Er informierte außerdem darüber, dass voraussichtlich im September eine zweite Beschlussvorlage folgen werde, bis dahin müssen noch offene Punkte, insbesondere steuer- und personalrechtlicher Art, geprüft werden, die für die finale Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2021 geklärt werden müssen.

Herr Dr. von Teichman hatte einige Fragen und Anmerkungen bezüglich des Gesellschaftsvertrages. Er hinterfragte, wer die in § 9 Nr. 3 genannte außerordentliche Versammlung einberufen kann. Er bat darum den § 11 um Grundmandate zu erweitern. **Herr Dr. von Teichman** erkundigte sich auch, was unter den außerplanmäßigen Investitionen laut § 13 fällt und warum der Aufsichtsrat keine Weisungsbefugnis gegenüber dem Geschäftsführer habe.

Herr Schönfelder erklärte, dass der Geschäftsführer und die Mitglieder der Gesellschafterversammlung die Befugnis haben, eine außerordentliche Sitzung schriftlich zu beantragen. Die Grundmandate könnten laut **Herrn Schönfelder** in § 11 aufgenommen werden. Er teilte ebenfalls mit, dass eine Weisungsbefugnis des Aufsichtsrates gegenüber der Geschäftsführung auf politischen Wunsch aufgenommen werden könnte.

Herr Müller ergänzte, dass durch den § 13 der Geschäftsführer die Zustimmung vom Aufsichtsrat benötigt, wenn er eine über- oder außerplanmäßige Investition tätigen möchte. Außerplanmäßig könnte eine Investition sein, wenn dafür Mittel verwendet werden, die durch Einsparungen an anderer Stelle verfügbar sind.

Herr Hellwig bedankte sich bei der Verwaltung für die Erarbeitung der Beschlussvorlage und teilte mit, dass die Gruppe CDU/WBV der Vorlage zustimmen werde.

Herr Jacques schloss sich dem Dank an und bat darum den § 14 des Gesellschaftsvertrages um Gewerkschaften zu ergänzen.

Herr Schönfelder entgegnete, dass der § 14 nicht abschließend sei und die Gesellschaft diesbezüglich selbst bestimmen könne.

Auf Nachfrage von **Herrn Walpurgis** erklärte **Herr Schönfelder**, dass der Aufsichtsrat aus 6 Mitgliedern inklusive Oberbürgermeister besteht. Dies stehe auch in § 13 des Gesellschaftsvertrages.

Herr Tönjes hinterfragte, wie die drei städtischen Vertreter für die Gesellschaftersammlung berufen werden. **Herr Schönfelder** erklärte, dass der Oberbürgermeister geborenes Mitglied sei, für die Entsendung der Vertreter werde der Politik eine Beschlussvorlage vorgelegt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Gründung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH zum 01.01.2021 und dem als Anlage beigefügten Entwurf des Gesellschaftsvertrages mit folgenden Eckpunkten zu:
 - Gründungsgesellschafter sind die Stadt Wilhelmshaven mit 52 % sowie der Wirtschaftsförderungsverein Wilhelmshaven e.V. mit 48 %.
 - Das Stammkapital beträgt 25.000 €, davon entfallen 13.000 € auf die Stadt Wilhelmshaven und 12.000 € auf Wirtschaftsförderungsverein Wilhelmshaven e.V.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven legt fest, dass die bisher im Haushalt der Stadt Wilhelmshaven jährlich eingeplanten Beträge, zzgl. der Mittel für das Projekt Regionalmanagement (gemäß Ratsbeschluss vom 19.02.2020), nicht überschritten werden dürfen.
3. Zum ersten Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH wird Herr Jürgen Janßen (Fachbereichsleiter „Wirtschaft und Regionalmanagement“) bestellt.

4.3 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebs GGS

156/2020

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. Schulte berichtete, dass der Betriebsausschuss „Grundstücke und Gebäude“ sich gegen die Änderung der Betriebssatzung ausgesprochen habe. Er bat darum, die Beschlussvorlage abzulehnen.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS)“ laut Anlage.

4.4 Änderung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes TBW

157/2020

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Herr Dr. von Teichman informierte, dass die Beschlussvorlage im Betriebsausschuss „Technische Betriebe Wilhelmshaven“ befürwortet worden sei. Die FDP-Fraktion werde der Beschlussvorlage jedoch nicht zustimmen.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Satzung zur Änderung der Betriebssatzung der Stadt Wilhelmshaven für den Eigenbetrieb „Technische Betriebe Wilhelmshaven (TBW)“ laut Anlage.

4.5 Projekt Stadtpark - Städtebauförderung Lebendige Zentren, Beschluss Räumliche Abgrenzung Durchführungsmaßnahme

160/2020

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Herr Marusic**, dass ein Parkentwicklungskonzept vor ungefähr zwei Jahren vom Rat verabschiedet wurde. Die vorliegende Beschlussvorlage setze lediglich eine räumliche Begrenzung fest, welche für den Einsatz der Städtebaufördermittel benötigt werde. Wenn die Durchführung konkreter Maßnahmen anstehe, werden die Maßnahmen der Politik vorab vorgestellt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die räumliche Abgrenzung der Durchführungsmaßnahmen im Förderprogramm Lebendige Zentren zum Projekt „Stadtpark“. Die räumliche Abgrenzung ist in der Karte Anlage 1, Untersuchungsgebiet, dargestellt.

4.6 Mittelbereitstellung für die Naturschutzstiftung FRI – WTM – WHV, hier: Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität (biologische Vielfalt) **152/2020**

Die Beschlussvorlage wurde von **Herrn Becker** vorgetragen.

Herr Dr. von Teichman hinterfragte, welche konkreten Maßnahmen in Wilhelmshaven umgesetzt werden sollen.

Herr Marusic entgegnete, dass die Geschäftsführerin der Naturschutzstiftung die Maßnahmen ausführlich im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz (ULB) vorgestellt habe. Der Vortrag werde zu der Sitzung des ULB in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Naturschutzstiftung Region Friesland – Wittmund – Wilhelmshaven werden ab dem Haushaltsjahr 2021 Mittel zur Umsetzung regionaler Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität (biologische Vielfalt) zweckgebunden je Haushaltsjahr zur Verfügung gestellt.

Die Fördersumme ist für das jeweilige Geschäftsjahr bis spätestens 31.03. d. J. an die Stiftung zu überwiesen. Die Stiftung hat im Gegenzug bis zum 31.03. des Folgejahres die tatsächliche Mittelverwendung zu ermitteln und einen möglichen Differenzbetrag entsprechend der getätigten Einzahlung an die Stadt Wilhelmshaven zu erstatten.

4.7 Unbefristete Einstellung eines Projekt-/Tourismusmanagers (m/w/d) **181/2020**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Dr. von Teichman kritisierte die Zeitverzögerung durch die einzurichtende Stelle im nächsten Stellenplan.

Herr Hellwig gab bekannt, dass die Gruppe CDU/WBV noch Beratungsbedarf habe und der Beschlussvorlage daher zunächst vorbehaltlich zustimmen werde.

Auf Nachfrage von **Herrn Reese** berichtete **Herr Oberbürgermeister Feist**, dass die Stelle in der Kernverwaltung organisatorisch nahe am Oberbürgermeister vorgesehen sei.

Herr Dr. Schulte hinterfragte kritisch, ob dies tatsächlich das Ziel des ursprünglichen Antrages gewesen sei.

Herr Jacques zeigte sich bezüglich der Beschlussvorlage erfreut und teilte mit, dass die SPD-Fraktion zustimmen werde.

Herr Tönjes kritisierte, dass die Umsetzung des Tourismuskonzeptes Kerngeschäft der Wilhelmshavener Touristik und Freizeit GmbH sei und daher die Einstellung eines Tourismusmanagers in der Kernverwaltung suboptimal sei.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt wird ein Verwaltungsmitarbeiter (m/w/d) auf unbestimmte Zeit in Vollzeit als Projekt-/Tourismusmanager eingestellt.

Die Eingruppierung erfolgt vorbehaltlich einer Stellenbewertung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.

Eine entsprechende Planstelle ist zum nächsten Stellenplan einzurichten.

4.8 Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2021/2021 und
Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes

153/2020

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor.

Herr Jacques und **Herr Walpurgis** sprachen sich für die Beschlussvorlage aus.

Herr Dr. von Teichman stellte inhaltliche Fragen bezüglich des Energiepolitischen Arbeitsprogrammes, welche von **Herrn Marusic** beantwortet wurden.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Das Energiepolitische Arbeitsprogramm (EPAP) 2021/2022 wird auf der Grundlage des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes beschlossen

4.9 Antrag Gruppe GUS: Jadeallee/Südstrand

520/2020

Herr Tönjes brachte den Antrag der Gruppe GUS ein und bat um Zustimmung.

Herr Marusic erklärte, dass nur ein Abschnitt mit einem Fahrradstreifen versehen werden kann, da in anderen Bereichen die Straße zu schmal sei. In diesen Bereichen werde die Mittellinie entfernt.

Herr Oberbürgermeister Feist berichtete, dass die Verkehrskommission, an der unter anderem die Polizei teilnimmt, dieses Vorhaben befürwortet habe.

Herr Dr. von Teichman stimmte einer Temporeduzierung zu, hielt jedoch eine Fahrrad-Piktogrammreihe für fragwürdig. Daher stellte er einen Antrag, die Punkte 2 und 3 des Antrages der Gruppe GUS in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz und in den Betriebsausschuss der Technischen Betriebe Wilhelmshaven zu verweisen.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass aus Zeitgründen der Antrag nicht in die genannten Ausschüsse eingebracht werden konnte. Man habe jedoch unter Mitteilungen und Anfragen in den jeweiligen Sitzungen das Vorhaben vorgestellt. Die Verwaltung befürwortet den Antrag der Gruppe GUS.

Der *Antrag auf Verweisung der Punkte 2 und 3* an die Fachausschüsse von Herrn Dr. von Teichman wurde mit 6 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Daraufhin beantragte **Herr Dr. von Teichman**, dass über die Punkte des Antrages getrennt abgestimmt wird.

Punkt 1: - mehrheitlich zugestimmt-
12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen

Punkt 2: - mehrheitlich zugestimmt-
7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Punkt 3: - mehrheitlich zugestimmt-
7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Der Rat der Stadt möge beschließen:

1. Eine Temporeduzierung auf 30 km/h im südlichen Abschnitt der Jadeallee sowie auf der Straße Südstrand von der Jadeallee bis zur Schleusenstraße.
2. Die Mittelmarkierungen werden entfernt, eine Fahrrad-Piktogrammreihe wird aufgetragen.
3. Im Steigungsabschnitt zwischen Marinemuseum und WSA wird auf der südlichen Fahrspur ein Schutzstreifen im Regelfußmaß (1,50 m) aufgebracht.

Begründung:

Aktuell ist die Situation für den Radverkehr auf den Straßen Jadeallee/Südstrand für Radfahrer äußerst unattraktiv. Die Strecke ist stark touristisch geprägt und wird daher zeitgleich sowohl stark von Kraftfahrzeugen als auch von Radfahrern frequentiert. Auf dem Streckenabschnitt gilt größtenteils Tempo 50, ein Radweg ist größtenteils nicht vorhanden und baulich auch nicht möglich. Der Verkehr staut sich oft hinter Radfahrer*innen, teilweise werden diese angehupt oder eng überholt, was bei diesen zusätzliche Unsicherheit erzeugt. Regelmäßig weichen Radfahrer*innen auf die engen Fußwege aus, wo es dann zu Konfliktsituationen mit Fußgänger*innen kommt.

Die Fahrbahnbreite auf der Jadeallee und der Straße Südstrand beträgt lediglich 6,50 – 6,70 Meter. Die Fahrbahn ist damit gemäß vorhandener Regelmäße zu schmal für eine Lösung mit beidseitigen Schutzstreifen. Gleichzeitig ist auch die Nebenanlage deutlich zu eng, um den Radverkehr aufzunehmen. Eine durchgängige Reduktion der Geschwindigkeit auf Tempo 30 würde die Geschwindigkeitsdifferenz zwischen Kfz- und Radverkehr senken und die objektive Sicherheit und das subjektive Sicherheitsempfinden der Radfahrer steigern. Eine schmale Piktogrammreihe würde auch auswärtigen Besucher*innen unserer Stadt verdeutlichen, dass der Radverkehr auf der Straße geführt wird und dass auf Radfahrende Rücksicht genommen werden muss. In unübersichtlichen Abschnitten und bei Steigungen ist das Markieren von Schutzstreifen auch bei Tempo 30 gestattet, so dass im Steigungsabschnitt eine einseitige Markierung eines Schutzstreifens möglich ist.

4.10 Antrag Gruppe GUS: Einrichtung einer Babyklappe

521/2020

Frau Kloster brachte den Antrag der Gruppe GUS ein.

Herr Dr. Schulte berichtete, dass er mit der Chefarztin der Geburtshilfe im Klinikum gesprochen habe. Die Chefarztin habe sich klar gegen eine Babyklappe ausgesprochen, da diese Geburten ohne ärztliche Unterstützung fördern. Innerhalb des Klinikums gäbe es die Möglichkeiten einer vertraulichen Geburt und sogar einer anonymen Geburt. Bei einer vertraulichen Geburt werden die Personalien der Mutter aufgenommen, eine anonyme Geburt verlaufe komplett ohne Angabe von Personalien. **Herr Dr. Schulte** rief dazu auf, den Antrag abzulehnen.

Herr Moritze befürwortete eine Babyklappe, da auch die anonyme Geburt im Klinikum nicht wirklich anonym sei. Er kritisierte jedoch eine Ansiedlung der Babyklappe am Klinikum.

Die **Herren Becker, Jacques, Reese, Hellwig** und **Oberbürgermeister Feist** sprachen sich dafür aus den Antrag ausführlicher zu diskutieren, daher stellte **Herr Hellwig** einen Antrag auf Verweisung an den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Frau Kloster sprach sich gegen eine Verweisung aus. Der Antrag solle zunächst im Rat besprochen werden.

Der *Antrag auf Verweisung* an den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Soziales und Gesundheit wurde mit 9 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Beschluss: -an Fachausschuss verwiesen-

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Beim anstehenden Neubau des Klinikums wird die Planung dahingehend ergänzt, dass eine sogenannte „Babyklappe“ eingerichtet wird.

Begründung:

In Deutschland gibt es knapp 100 Babyklappen; in Niedersachsen unter anderem in Hannover, Braunschweig, Osnabrück, Rotenburg und Nordhorn, also längst noch nicht flächendeckend und für alle Frauen erreichbar. Wilhelmshaven muss als Oberzentrum und Marinestadt in seinem modernen geplanten Klinikum verzweifelten Müttern unbedingt diese Möglichkeit bieten, wenn sie keinen anderen Ausweg sehen.

Laut Meinung vieler führender Kinderärzte sind Babyklappen unverzichtbar, damit Neugeborene in erster Linie überhaupt die Möglichkeit haben, zu überleben. Die meisten Politiker aller Parteien befürworten ebenfalls die Einrichtung einer Babyklappe und plädieren zudem für die Möglichkeit einer anonymen Geburt, die bereits an zahlreichen Kliniken praktiziert wird, damit nicht nur das Neugeborene, sondern auch die Mutter während und nach der Geburt medizinisch versorgt wird. Natürlich müssen parallel dazu die Hilfsmöglichkeiten für verzweifelte werdende und junge Mütter weiterhin optimiert werden, denn die Inanspruchnahme einer Babyklappe muss immer der letzte Ausweg sein, um das Leben eines Neugeborenen zu retten.

4.11 Antrag Gruppe CDU/WBV: Aussetzung Park- und Sondernutzungsgebühren **524/2020**

Herr Hellwig brachte den Antrag der Gruppe CDU/WBV ein.

Herr Dr. von Teichman kritisierte, dass nur ein festgelegter Bereich von dem Verzicht auf die Parkgebühren profitieren würde. Außerdem sei dies hinsichtlich der Betreiber des Parkhauses und der Parkplätze in der Umgebung äußerst fragwürdig. Er informierte außerdem, dass der Antrag im Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven aus Kostengründen abgelehnt wurde.

Herr Jacques sprach sich ebenfalls gegen ein Verzicht auf die Parkgebühren aus. Er schlug vor, dass der Verzicht auf Sondernutzungsgebühren auch für Veranstaltungen gelten sollte.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass die Verwaltung den Punkt 2 des Antrages befürwortet. Der Verzicht auf die Parkgebühren werde jedoch nicht unterstützt, da man den öffentlichen Nahverkehr nicht schaden möchte und ein Verzicht nicht bedeuten würde, dass die Geschäfte dadurch mehr Umsätze erzielen können.

Herr Walpurgis positionierte sich gegen den Verzicht auf die Parkgebühren und beantragte, dass über die beiden Punkte des Antrages getrennt abgestimmt wird.

Herr Moriße sprach sich für den Antrag aus.

Herr Tönjes erklärte, dass die Gruppe GUS den ersten Punkt des Antrages ablehnen werde. Der Punkt 2 sei noch nicht präzise genug.

Herr Schönfelder berichtete, dass die Verwaltung vorschlägt auf die Sondernutzungsgebühren für 2021 zu verzichten, da viele Zahlungspartner bereits die Sondernutzungsgebühren für das komplette Jahr 2020 bezahlt haben. Für die offenen Forderungen könnte das Zahlungsziel in das Jahr 2021 geschoben werden. Eine Rückzahlung wäre mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand verbunden.

Herr Becker hob hervor, dass mit dem Antrag ein positives Signal an die Wirtschaft gesendet werden könnte.

Es folgte ein kurzer Meinungs austausch zwischen den **Herren Jacques, Schönfelder** und **Hellwig** darüber, ob der Antrag unter Punkt 2 um die privaten Veranstaltungen ergänzt werden müsse. Schlussendlich wurde kein Änderungsantrag gestellt, da sich der ursprüngliche Antrag auf alle Sondernutzungsgebühren bezieht.

Herr Becker rief zur Abstimmung über die einzelnen Punkte des Antrages auf.

Punkt 1: - mehrheitlich abgelehnt-
5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Herr Tönjes stellte einen Antrag den Punkt 2 an die Fachausschüsse zu verweisen.

Der *Antrag auf Verweisung* des Punktes 2 an die Fachausschüsse wurde mit 2 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 2: - mehrheitlich zugestimmt-
8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Beschluss: -getrennte Abstimmung-

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Zur Förderung des Wilhelmshavener Einzelhandels und der Wilhelmshavener Gastronomie wird bis Ende des Jahres 2020

1. auf die Erhebung von Parkgebühren in den Bereichen Bahnhofstraße und Börsenstraße jeweils zwischen der Virchow- und der Mitscherlichstraße verzichtet,
2. auf die Erhebung von Sondernutzungsgebühren im gesamten Stadtgebiet ebenfalls verzichtet.

Begründung:

Durch die „Corona-Krise“ sind die Betriebe des Einzelhandels und der Gastronomie wirtschaftlich schwer getroffen worden.

Neben den bereits durch den Rat beschlossenen Maßnahmen, sollen die oben genannten Maßnahmen dazu beitragen, den besagten Unternehmen durch eine Attraktivitätssteigerung für potenzielle Kunden, die oben genannten Gewerbetreibenden in der Innenstadt und in den Nebenzentren zu unterstützen.

- 4.12 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **164/2020**

Herr Becker trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich bei allen Spendern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger/Verwendungszweck
1. Frau Insa Pukrop, Oststr. 8, 26384 Wilhelmshaven	5.000,00 €	Schenkung von 3 Gemälden

- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

- 6 Mitteilungen und Anfragen

Frau Muth erklärte, dass die politischen Sitzungen nach der Sommerpause wieder im Ratssaal im Rathaus stattfinden sollen. Damit die Hygienevorschriften aufgrund der Corona-Pandemie eingehalten werden können, müssten weitere Mikrofone und für jeden Sitzplatz eine Plexiglas-Vorrichtung angeschafft werden. Die Kosten hierfür würden ungefähr 42.000 € betragen, weiterhin die Stadthalle für die Sitzungen anzumieten sei kostenintensiver.

Für die Öffentlichkeit würden im Ratssaal auf der Tribüne 8 Sitzplätze zur Verfügung stehen. Durch die technische Übertragung der Sitzung im Foyer könnten dort 10 weitere Sitzplätze eingerichtet werden.

- 6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

Soforthilfe für Gewerbetreibende

Herr Oberbürgermeister Feist teilte den aktuellen Stand bezüglich der Soforthilfe mit. Bis zum 12.07.2020 seien bereits 940.800 € Soforthilfe ausgezahlt worden. Es seien noch Anträge in Höhe von 116.800 € in Bearbeitung. Er berichtete, dass es eine neue Überbrückungshilfe für Unternehmen über die NBank gebe.

Allerdings werde bei dieser Überbrückungshilfe die Soforthilfe der Kommunen angerechnet, dadurch haben die Unternehmen keinen positiven Effekt mehr durch die kommunale Soforthilfe. Die Verwaltung möchte deshalb vorerst keinen neuen Förderzyklus für die Soforthilfe umsetzen und zunächst die Entwicklung abwarten.

Auf Nachfrage von **Herrn Becker** führte **Herr Oberbürgermeister Feist** aus, dass dafür keine Beschlussfassung des Rates notwendig sei.

JadeBay

Herr Dr. von Teichman wies darauf hin, dass der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband Jade e.V. sein Interesse bezüglich einer Beteiligung an der JadeBay GmbH bekundet habe.

Herr Oberbürgermeister Feist erklärte, dass man sich sehr über die Bereitschaft der Wirtschaft gefreut habe und man nach der Sommerpause die Möglichkeiten einer Beteiligung der Wirtschaft an die JadeBay GmbH erörtern werde.

Herr Dr. von Teichman und **Herr Heinemann** äußerten den Wunsch, dass die JadeBay GmbH im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft ihre aktuelle Arbeit vorstellt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:00 Uhr

Bruns
Stadtkämmerer

Becker
Vorsitzender

Zahn
Protokollführerin